

97695-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Gemeinde St. Michaelisdonn, Erweiterungs- und Umbau des Feuerwehrgerätehauses - Planungsleistungen - Objektplanung Gebäude und Innenräume
OJ S 33/2024 15/02/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Amt Burg-St. Michaelisdonn

E-Mail: info@st-michaelisdonn.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Gemeinde St. Michaelisdonn, Erweiterungs- und Umbau des Feuerwehrgerätehauses - Planungsleistungen - Objektplanung Gebäude und Innenräume

Beschreibung: Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 34 HOAI, LPH 3-9, Besondere Leistungen, stufenweise Vergabe

Kennung des Verfahrens: 3a88693b-ac9c-443d-bebc-2803c0038244

Interne Kennung: FG 2884 23 014

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Burg (Dthm.)

Postleitzahl: 25712

Land, Gliederung (NUTS): Dithmarschen (DEF05)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 213 715,42 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Korruption: 1

Betrugsbekämpfung: 2

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: 3
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: 4
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: 5
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: 6
Konkurs: 7
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: 8
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: 9
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: 10
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: 11
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: 12
Vergleichsverfahren: 13
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: 14
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: 15
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: 16
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: 17
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: 18
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: 19
Entrichtung von Steuern: 20
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: 21
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: 22
Zahlungsunfähigkeit: 23

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Gemeinde St. Michaelisdonn, Erweiterungs- und Umbau des Feuerwehrgerätehauses - Planungsleistungen - Objektplanung Gebäude und Innenräume
Beschreibung: Der AG plant, das Feuerwehrhaus in der Gemeinde St. Michaelisdonn zu erweitern bzw. neu zu errichten. Seitens des AG wurde bereits eine Grundlagenermittlung und eine Vorplanung nach Leistungsphase 2 HOAI durchgeführt. Der Erweiterungsbau ist für die nächsten Jahre auf dem jetzigen Gelände geplant. Aufgrund der beengten Grundstückskapazitäten sind besondere Anforderungen an die Planungs- bzw. Lösungsansätze für die Erweiterungsmöglichkeiten zu erwarten. Das Gelände der Feuerwehr St. Michaelisdonn liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils gemäß § 34 BauGB. Die Aufstellungsnotwendigkeit eines einzelfallbezogenen Bebauungsplanes ist zu prüfen, so dass hier entsprechende Abstimmungstätigkeiten erwartet werden. Erwartet wird ferner, die Flächenbedarfe für die verschiedenen Nutzungen unter Einbeziehung des Bestandes zu optimieren. Der Umfang der Planungsleistungen für die Maßnahme beinhaltet die Planung und Überwachung zum Erweiterungs- und Umbau bzw. zum Neubau von vollständig funktions- und genehmigungsfähigen Gebäudeteilen. Zunächst erfolgt eine stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 3 (Entwurfsplanung) bis 4 (Genehmigungsplanung). Die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen 5 bis 9 behält sich der AG vor. Die Objektplanung umfasst mindestens die „Grundleistungen“ des Leitungsbildes Gebäude und Innenräume im Sinne der Anlage 10, Nummer 10.1, zu § 34 HOAI. Für die Erbringung von „Besonderen Leistungen“ ist jeweils vorab die Zustimmung des AG einzuholen. Der Auftragnehmer ist gehalten, Vorschläge zu unterbreiten, die zur Vereinfachung und Verbesserung und / oder zur Kostensenkung führen. Die vorläufigen Kostenschätzungen für den Erweiterungs- und Umbau bzw. für den Neubau belaufen sich auf

2.594.058,65 € brutto. Die Kostenschätzungen erfolgten für die KG 200 bis 700 ohne Einbeziehung von Fachplanern oder Bodengutachten. Die Kostenschätzungen wurden erstellt am 10.10.2023. Die Anforderungen an die Raumplanungen ergeben sich aus den Vorgaben der Feuerwehrunfallkasse Nord und den Feuerwehrbedarfsplan. Die Wehrführung ist neben dem AG eng in die Planungen einzubinden. Folgendes Verfahren wird durchgeführt: In Phase 1 werden potentielle Bewerber zur Teilnahme aufgefordert und reichen den Teilnahmeantrag mit den geforderten Nachweisen ein. In Phase 2 werden die eingegangenen Teilnahmeanträge geprüft und die Anzahl der zugelassenen Bewerber wird beschränkt. Die Bewerber der Phase 2 werden gesondert zu einem Verhandlungsverfahren aufgefordert. Verfahrensbezogene Vergabeunterlagen sind auf der E-Vergabepattform zum Verfahren unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121008317> eingestellt.

Interne Kennung: FG 2884 24 014

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Burg (Dthm.)

Postleitzahl: 25712

Land, Gliederung (NUTS): Dithmarschen (DEF05)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 03/06/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2025

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

Fragen sind schriftlich über die E-Vergabepattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Fragen werden bis zum 12.03.2024 angenommen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121008317> veröffentlicht.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die [EVergabepattformwww.evergabesh.de](http://www.evergabesh.de) einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabepattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbergemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des

bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen.

Allgemeine Verfahrenshinweise für die unter 5.1.9 sowie 5.1.6 (Angaben zu einem besonderen Berufsstand, Bedingungen für die Ausführung des Auftrags) genannten Bedingungen: Die unter 5.1.9 sowie 5.1.6 (Angaben zu einem besonderen Berufsstand, Bedingungen für die Ausführung des Auftrags) genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind unter Verwendung des Formblattes Teilnahmeantrag II1 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Vergabestelle einzureichen und müssen aktuell (nicht älter als 12 Monate, außer Diplom-Urkunden und Kammereintragungen) und noch gültig sein.

Soweit in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden.

Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden.

Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis. Auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 VgV, § 56 LBO Schleswig-Holstein. Zugelassen sind: Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates als Ingenieure (für Technische Ausrüstung) / o. vglb. tätig und zum Führen dieser Berufsbezeichnung oder zum Tätigwerden in der Bundesrepublik Deutschland berechtigt sind, ggf. ist der Nachweis nach den entsprechenden EU-Richtlinien zu führen. Juristische Personen, sofern deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen gerichtet ist und einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne (vgl. 1. Spiegelstrich) benennen.

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1.) Eigenerklärung über die Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 2.3.1974, geändert durch § 1 Nr. 4 Gesetz vom 15.08.1974 (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1)

2.) Eigenerklärung über die Bereitschaft, auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Verpflichtung zur Zahlung des Vergabemindestlohns gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 VGSH für den Bewerber sowie für etwaige Unterauftragnehmer vorzulegen, sofern der Bieter oder Unterauftragnehmer nicht im EU-Ausland tätig ist und die Leistung ausschließlich dort erbringt (Formblatt Verpflichtungserklärung zur Zahlung des Vergabemindestlohns)

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Nach dem Grad der Eignung entsprechend den vorgelegten Nachweisen – vgl. Abschnitt 5.1.9 lt. Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorbemerkungen für die Nachweise zur Feststellung der Eignung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zur Feststellung der Eignung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit für Bergergemeinschaften, beabsichtigte Eignungsleihe und Unterauftragsvergabe: Den Einzelbewerbern sind Bergergemeinschaften gleichgestellt. Bei Bergergemeinschaften ist der Teilnahmeantrag von jedem Mitglied der Bergergemeinschaft gesondert auszufüllen und als Anlage gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bergergemeinschaft einzureichen. Dabei muss jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsanteil nachweisen, den es übernehmen soll.

Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), sind für jedes dieser anderen Unternehmen das Formblatt Teilnahmeantrag II-1 und die dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstigen Unterlagen – sofern diese in der Auftragsbekanntmachung für den Bewerber selbst auch gefordert sind – gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen. Unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen zu den anderen Unternehmen muss der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag die vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten der anderen Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen II-3). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen II-4), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden.

Beabsichtigt der Bewerber Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der

Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe), ist eine Vorlage des Formblatts Teilnahmeantrag II-1 und der dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen für die Unterauftragnehmer grundsätzlich nicht erforderlich. Geprüft wird im Rahmen der Eignung nur die Eignung des Bewerbers. Der Bewerber hat jedoch als Anlage zum Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen II-4), vorzulegen.

Die allgemeinen Verfahrenshinweise in Abschnitt 5.1.6 (Absatz 1 und 2) sind zu beachten. Vorzulegen sind: 1) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (Formblatt Erklärung der Bewerbergemeinschaft II-2). Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern handschriftlich unterzeichnete Erklärung abzugeben.

2) Eigenerklärung darüber, dass die in § 123 Abs. 14 und § 124 Abs. 1 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber nicht zutreffen (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1)

3) Erklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 gem. Formblatt „Eigenerklärung zu Aufträgen und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte“

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Nachweis einer gültigen

Berufshaftpflichtversicherung mindestens in Höhe von mind. 1 500 000 EUR für Personen- sowie 275 000 EUR für Sachschäden oder eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers, dass die bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderte Mindestdeckungssumme erhöht wird. In diesem Fall ist die Bescheinigung des Haftpflichtversicherers vor Erteilung des Auftrags nachzureichen

2) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) und Eigenerklärung über den Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Geeignete Referenzen (mind. 3): Nachweis über die in den letzten 7 Jahren (Erbringungszeitraum 03/2017 bis 03/2024) erbrachten wesentlichen Dienstleistungen unter Verwendung des Formblatts II-1-1 (Referenzen), das für jede Referenz gesondert und jeweils vollständig auszufüllen ist. Der Erbringungszeitraum wird zurückgerechnet vom Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge (Abschnitt 5.1.12). In o.g. Erbringungszeitraum müssen min. die Leistungsphase (LPH) 7 abgeschlossen und die LPH 8 mindestens begonnen worden sein. Hinweise für eine etwaige Auswahlentscheidung gem. Abschnitt 5.1.9): 1. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er anzugeben, welche der Referenzen der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung die ersten 3 Referenzen gemäß der vom Bewerber im Teilnahmeantrag genannten Reihenfolge zugrunde legen. 2. Im Zuge der Auswahlentscheidung werden die im Formblatt II-1-1 gemachten Angaben zur Referenz mit dem ausgeschriebenen Objekt und den zu vergebenden Leistungen verglichen und bewertet. Bewerber müssen bspw. damit rechnen, dass eine Referenz nicht die volle, sondern eine darunterliegende Punktzahl erhält, wenn die Referenzleistung zwar gem. den o.g. Anforderungen „erbracht“ (LPH 7 abgeschlossen und LPH 8 mindestens begonnen), insgesamt jedoch noch nicht beendet ist, bspw. weil die LPH 8 gerade erst begonnen wurde. Entsprechendes gilt bspw. für die Fälle, dass der Auftragswert der Referenzleistung weniger als 2/3 des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Dienstleistung beträgt, dass das Referenzobjekt in Bezug auf seine Planungsanforderungen (z.B. Honorarzone) hinter den Planungsanforderungen des ausgeschriebenen Objekts zurückbleibt, dass die ausgeführte Referenzleistung einen geringeren Leistungsumfang aufweist als die zu vergebende Dienstleistung (z.B. in Bezug auf die erbrachten LPH) oder dass, wenn in diesem Verfahren Referenzen mit Objekten derselben Nutzungsart vorgelegt werden sollen, die Nutzungsart des Referenzobjekts nicht dieselbe Nutzungsart aufweist wie das ausgeschriebene Objekt. Die vorstehenden Wertungshinweise sind nicht abschließend und können im Einzelfall je Referenz mit entsprechenden Folgen für die zu erreichenden Punkte auch in Kombination angewendet werden.

2) Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Bewerber angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.

3) Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Bewerbers

4) Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers und die Zahl seiner Führungskräfte der letzten 3 Jahre (gemäß Formblatt Teilnahmeantrag II-1) 5) Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen zu vergeben beabsichtigt.

Hinweise zur Bewerbung mit Nachunternehmern: siehe Punkt III.1.1) der Bekanntmachung und „Allgemeine Hinweise“ im Teilnahmeantrag (Formblatt II-1)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Die Angaben zu den Qualitätskriterien sowie die Bewertungsmethodik sind im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ zu finden.

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Die Bewertungsmethodik des Preises ist im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ zu finden.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 12/03/2024 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121008317>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121008317>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/03/2024 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unvollständige Teilnahmeanträge und Angebote werden grundsätzlich vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren (Nachforderung). Auf eine derartige Nachforderung dürfen die Bieter nicht vertrauen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein
Finanzielle Vereinbarung: Hinweis zu 5.1.12 Auftragsbedingungen: Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich. Hierzu geben wir folgenden Hinweis, eine elektronische Rechnungsstellung, ist zulässig aber nicht erforderlich

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsabschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

Beschaffungsdienstleister: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Registrierungsnummer: t:04319884640

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 431-988-4542

Fax: +49 431-988-4702

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Registrierungsnummer: 01-2002-79

Postanschrift: Küterstraße 30

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Fax: +49 431-599-1510

Internetadresse: <http://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0008

Offizielle Bezeichnung: Amt Burg-St. Michaelisdonn

Registrierungsnummer: t:0482593050

Stadt: Burg

Postleitzahl: 25712

Land, Gliederung (NUTS): Dithmarschen (DEF05)

Land: Deutschland

E-Mail: info@st-michaelisdonn.de

Telefon: +49 482593050

Profil des Erwerbers: <http://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0009

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ee4eb30d-ff85-4fc0-a971-cb295181a616 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/02/2024 09:17:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 97695-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 33/2024

Datum der Veröffentlichung: 15/02/2024